

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich frei Haus 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Exped.: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Druckerei: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

4. Jahrgang Dresden, Dienstag den 14. Februar 1928 Nummer 38

Generalangriff des Bürgerblocks und des Trustkapitals

800 000 Arbeiter vor der Entlassung Metallarbeiterausperrung am 22. Februar

Am 2. Dezember 1927 eröffnete die Großbourgeoisie den Generalangriff gegen die deutsche Arbeiterklasse mit der Androhung der Stilllegung der gesamten Stahl- und Eisenindustrie. 800 000 Eisen- und Hüttenarbeiter sollten brotlos gemacht werden zur Verhinderung des seit vielen Monaten felsenfest versprochenen Dreischichtensystems in den Hüttenbetrieben.

Am 7. Januar 1928 veröffentlichte die Vereinigten Unternehmerverbände ihr berüchtigtes „Notprogramm“, den strategischen Plan der Ausweitung der breiten Massen, der Errichtung einer unbeschränkten Diktatur des Trustkapitals, der Vernichtung jeglicher Sozialpolitik und Gemeindevirtschaft, die den arbeitenden Massen zugute kommt. Kurze Zeit darauf erfolgte die Gründung des Lutherischen Bundes zur „Erneuerung des Reiches“, der schwerindustriellen Hilfsorganisation zur vollkommenen und reißenden Unterordnung aller Zweige des Staatsapparates unter die Profitpolitik der großen Trusts und Kartelle.

Am 16. Januar schritt die Großbourgeoisie zur Durchführung ihres Programms, des Generalangriffs zur weiteren Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der deutschen Arbeiterklasse — die Metallarbeiter Deutschlands wurden in den Streik gedrungen, die minimale Forderung auf Erhöhung der Löhne um durchschnittlich 15 Pf. brüst abgelehnt und mit dem provokatorischen Angebot von 3 Pf. beantwortet. Alle Versuche, mit Drohungen und Terror, mit Aussperrung der Unorganisierten gegen die organisierten Arbeiter, blieben wirkungslos. Nach 3 Wochen steht die Front der kämpfenden mitteldeutschen Metallarbeiter wie eine eiserne Mauer. Und jetzt host die Bourgeoisie zu einem neuen, noch wichtigeren Schlage gegen die Arbeiterklasse aus. Sie verkündet die **Gesamtausperrung in der deutschen Metallindustrie ab 22. Februar**. Diese Aussperrungsandrohung ist von noch größerer Bedeutung als die Stilllegungsandrohung des Stahltrustes vom 2. Dezember. Sie zeigt der deutschen Arbeiterklasse, daß die Generaloffensive der Großbourgeoisie nicht nur bereits begonnen hat, sondern daß die Bourgeoisie entschlossen ist, bereits vor Ablauf der Tarifverträge am 1. April der Arbeiterklasse eine Schlacht zu liefern, von deren Ausgang das Schicksal aller Lohn- und Arbeitszeitbewegungen in der nächsten Zeit abhängig ist.

Die Bourgeoisie erklärt kühn und offen, daß eine weitere Verschlechterung der Lebenslage der deutschen Arbeiter für die Umfassung des deutschen Imperialismus unerlässlich ist:

„Der Zustand, daß jeder Tarifabsatz die Gewerkschaften zu einer Lohnforderung veranlaßt, ist volkswirtschaftlich untragbar, da er zu dauernder Beunruhigung der Wirtschaft und, falls den Forderungen immer wieder nachgegeben wird, durch die aufeinanderfolgenden Lohn- und Preiserhöhungen auf die Dauer zu einer Schraube ohne Ende und damit zu einer vollkommenen Unterbindung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt führen muß. Daraus ergibt sich, daß die Auseinandersetzung in Mitteldeutschland richtunggebend für die Lohnpolitik der deutschen Industrie werden muß.“

Über mit anderen Worten, ebenso wie die deutsche Arbeiterklasse mit Millionen Erwerbslosigkeit die Rationalisierung der kapitalistischen Wirtschaft bejaht hat, ebenso soll sie jetzt mit einer weiteren Herabsetzung ihrer Hungerlöhne die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Kapitalismus, die Wiederherstellung der ganzen wirtschaftlichen Macht des deutschen Imperialismus beschließen. Erst vor wenigen Tagen verkündete Groener, der General der republikanischen Diktatur, den Trusten sein Programm für die militärische Überwindung der Hindenburg-Republik. Die ganze Bürgerblockfront, einschließlich der sozialdemokratischen „Opposition“, stimmte dem Etat für die militärische Aufrüstung zu. Nun präsentiert der Bürgerblock durch die Metallindustrie der Arbeiterklasse den Wechsel zur Bezahlung der wirtschaftlichen Maktstellung des deutschen Imperialismus. Die Lohn- und Arbeitszeitbewegung, die die Großbourgeoisie der Arbeiterklasse durch ihre Aussperrung aufzwingt, ist eine Schlacht gegen den deutschen Imperialismus, ein Kampf gegen die Beteiligung Deutschlands an dem nächsten imperialistischen Kriege.

Die reformistische Bureaucratie wird, wie stets, versuchen, die Aussperrungsandrohung als eine rein gewerkschaftliche Angelegenheit und eine „Frönde gegen den Staat“ hinzustellen. Sie wird die demagogischen Wahlmanöver der Bürgerblockparteien im Reichstag zum Anlaß nehmen, um der Arbeiterklasse zu sagen: „Ist der Bürgerblock bestrebt gar nicht mehr, die Abwehr des Unternehmerangriffs hat nichts mit dem Sturz des Bürgerblocks zu tun. Wenn die deutsche Arbeiterklasse auf diesen reformistischen Schwindeln hineinfällt, wenn sie nicht die Lehren aus der Hüttenarbeiterbewegung des Jahres 1927 ziehen wird, dann ist der Kampf von vornherein verloren: der Bürgerblock, das ist die Einheitsfront der Unternehmerverbände aller Parteien, das ist das Regiment des Trustkapitals, das ist die Forderung der Aussperrungen, der Ausweitung der Arbeiterklasse. Die parlamentarischen Manöver im Reichstag dienen der Verzerrung der Arbeiterklasse, der Unterdrückung der von den Reformisten verkündeten betrügerischen Mission, als ob der Bür-

gerblock in Wahlkämpfen entscheidend geschlagen werden könnte. Die Reformisten werden wiederum versuchen, die Abrechnung auf den Wahltag hinauszukschieben. Wir erklären: durch Wahlen wird der Bürgerblock nicht gestürzt werden, keine parlamentarische Verschlebung wird die Bourgeoisie veranlassen, ihre Offensiv gegen die Arbeiterklasse zu unterbrechen. Jede Vertagung auf die Wahlen ist der erste Schritt zum Verrat des bevorstehenden Kampfes.

Die Gewerkschaftsbureaucratie predigt der Arbeiterklasse Tariftreue. Sie wirft die Kommunisten aus den Gewerkschaften, so wird von den Kapitalisten mitgeteilt. Von dieser Maßnahme werden 750 000 Arbeiter getroffen. Rechnet man die 50 000 jetzt schon im Kampf stehenden mitteldeutschen Arbeiter hinzu, so werden 800 000 Arbeiter im Kampf stehen.

Die Unternehmer erklären, daß sie gegen die „immer schneller aufeinanderfolgenden Lohnhöhungen“ ankämpfen müßten. In Mitteldeutschland sei das Angebot gemacht worden, den Stundenlohn um 3 Pfennig zu erhöhen. Damit sei die gleiche Lohnhöhe erreicht worden wie in der Hüttenindustrie, 78 Pfennig Stundenlohn. Die Forderung von 15 Pfennig lehnen die Industriellen ab. Es geht jetzt die Mehrzahl der Lohnsätze zu Ende; durch die dort auftretenden Lohnforderungen werde der Zustand unhaltbar.

Das ist klar und deutlich. Die Unternehmer greifen an, um jede weitere Lohnhöhung für die deutschen Arbeiter zu verhindern. Dieser Angriff der Unternehmer zeigt, wie recht die Kommunisten in ihrem gestern veröffentlichten Aufruf hatten, der den Arbeitern den Weg des Kampfes gegen die Unternehmerreue zeigte. Jetzt zeigt sich aber auch, wie recht die Kommunisten mit ihrer Forderung hatten, den Angriff der Hüttenindustriellen mit einem breiten Gegenangriff zu beantworten. Die Gewerkschaftsbureaucratie hat den Streik gegen die Hüttenindustriellen verhindert. Die Abwägung des Kampfes im Rheinland hat den Industriellen den Mut zu neuen An-

griffen gegeben. Jetzt berufen sie sich auf den Hüttenarbeiterabstufung, um damit alle weitergehenden Forderungen zu verhindern und abzulehnen.

Die Arbeiter müssen jetzt erkennen, daß sie den Angriff annehmen müssen, aber nicht nur das, sie müssen mit einem Gegenangriff antworten. Bis mit Beginn April laufen die Tarife für zirka 5 Millionen Arbeiter ab. Schon jetzt aber gilt es, die Vorbereitungen zu einem gigantischen Kampf dieser Millionen gegen das Unternehmertum zu treffen. Die Gewerkschaftsbureaucratie wollen auch jetzt keinen Kampf. Sie rechnen damit, bis zum 22. Februar den Streik in Mitteldeutschland abzuwürgen.

Der Vorwärts spöttelt über den Aussperrungsbeschluss. Natürlich nur deswegen, weil die Reformisten den Kampf nicht aufnehmen wollen. Innerhalb der Arbeiterklasse erzeugt man die Stimmung, die Unternehmer wollen nur blaffen. Darum handelt es sich aber nicht. Es geht um viel mehr. Ständen die Hüttenarbeiter, die mitteldeutschen Metallarbeiter nicht mit diesem bewundernswerten Mut, die Bureaucratie hätten schon lange ihren Frieden mit den Industriellen geschlossen. Jetzt geht es für die Industriellen darum, die Arbeiter niederzuringen. Man rechnet: entweder gehen die Arbeiter auf die Aussperrungsandrohung in die Betriebe, oder die Unternehmer müssen zum härtesten Mittel greifen, die Arbeiter in die Knie zu zwingen. Es ist kein Bluff, auch keine Zeit zum Spotten.

Für die Arbeiter gilt es, den Kampf aufzunehmen; es geht um die Lage für die weitere Zukunft. Nachgeben bedeutet Niederlage für lange Zeit, bedeutet aber auch verschärften politischen Vorstoß der Bürgerblockparteien. Deswegen: kein Nachgeben!

Aufnahme des Kampfes auf der ganzen Linie!

gerblock in Wahlkämpfen entscheidend geschlagen werden könnte. Die Reformisten werden wiederum versuchen, die Abrechnung auf den Wahltag hinauszukschieben. Wir erklären: durch Wahlen wird der Bürgerblock nicht gestürzt werden, keine parlamentarische Verschlebung wird die Bourgeoisie veranlassen, ihre Offensiv gegen die Arbeiterklasse zu unterbrechen. Jede Vertagung auf die Wahlen ist der erste Schritt zum Verrat des bevorstehenden Kampfes.

Die Gewerkschaftsbureaucratie predigt der Arbeiterklasse Tariftreue. Sie wirft die Kommunisten aus den Gewerkschaften,

Was tut der ADB?

Der Verband der Metallindustriellen hat die Verschärfung der Aussperrungsandrohung angekündigt. Durch Niederzwingung der Metallarbeiter wollen die Industriellen von vornherein die Arbeiterfront schwächen und Streiks in den anderen Industrien unterbinden.

Wie der Reichsverband der Industrie und der Verband der Metallindustriellen die mitteldeutschen Metallindustriellen unterstützen und die Einsetzung aller Kräfte gegen die Arbeiter vorbereiten, so wäre es Aufgabe des ADB, die gesamte Arbeiterklasse zu mobilisieren. Der ADB müßte die Sammelaktion zur Unterstützung der Kämpfenden im ganzen Reich organisieren.

Der ADB müßte zur Schaffung der Kampfschulung der Metallarbeiter, Eisenbahner, Fabrikarbeiter und Bergarbeiter aufrufen und die notwendigen organisatorischen Maßnahmen vorbereiten.

Der ADB müßte zur Mobilisierung der Arbeiterklasse die Betriebsräte zusammenberufen und die Ortsausschüsse auffordern, gemeinsam mit den Arbeiterorganisationen Massenemonstrationen durchzuführen, damit die breitesten Arbeitermassen zum Kampf gegen die Unternehmeroffensive aufgerufen werden.

Was hat der ADB bis jetzt getan?

Schließt der Bundesvorstand? Nein! Er ist beschäftigt mit der arbeitgemeinschaftlichen Arbeit im Reichswirtschaftsrat. Die Mitglieder des Bundesvorstandes mühen sich ab im „Reichsinstitut für Wirtschaftlichkeit“ (Organ zur Förderung der Rationalisierung), sie beraten mit den Unternehmern die Durchführung der Rationalisierung, d. h. die Methoden verschärfter Ausbeutung der Arbeiter. Vor lauter „Mitwirkung bei der Regelung der Organisation der kapitalistischen Wirtschaft“ hat der Bundesvorstand keine Zeit für die mitteldeutschen Arbeiter. Deshalb ist es nötig, daß die Ortsausschüsse des ADB aus eigener Initiative die Sammelaktion organisieren, die Betriebsräte zusammenberufen und Massenemonstrationen gemeinsam mit den Arbeiterorganisationen durchführen.

wenn sie zu zwischentariflichen Bewegungen auffordern. Die Großbourgeoisie setzt sich mit ihrer Aussperrungsandrohung für den 22. Februar mit einem Federstoß über alle bestehenden Tarifverträge hinweg. Und kein Gehäsel der reformistischen Bureaucratie wird die Bürgerblockregierung veranlassen, gegen die Trustkapitalisten einzuschreiten. Der Bürgerblockstaat wird seine Schlichtungsmaschine in Bewegung setzen, und wenn die Arbeiterklasse den Kampf nicht auf der ganzen Front aufnimmt, erschließen, wie die mitteldeutschen Metallarbeiter unbesonnen an ihren Forderungen festzuhalten, dann wird das Bündnis zwischen Bürgerblock und Trustkapital ebenso liegen, wie in der Hüttenarbeiterbewegung. Diese Lehren müssen gezogen werden. Es gibt nur eine Lösung für die klassenbewusste Arbeiterklasse: Gegen die Unternehmerprovokation Aufmarsch der proletarischen Einheitsfront zum Kampfe für den Achtstundentag und Lohn-erhöhung, gegen die Offensive des Kapitals den Gegenangriff aller deutschen Arbeiter.

Jetzt ist die Stunde gekommen, wo alles weitgemacht werden kann, was im vergangenen Jahre durch die Niederlagenstrategie der reformistischen Gewerkschaftsbureaucratie verloren gegangen ist. Der Verband der Metallunternehmer erklärt laut und deutlich, daß die Austragung des Kampfes in Mitteldeutschland von prinzipieller Bedeutung für seine ganze Lohnpolitik werden wird. Oder mit anderen Worten: Wenn es gelingt, Mitteldeutschland zu Boden zu werfen, dann können alle Arbeiterkategorien ihre Hoffnung auf Lohnhöhung nach dem Ablauf der Tarifverträge am 1. April fahren lassen. Mit wohlbedachter Strategie will die Großbourgeoisie zuerst den Metallarbeiter eine Niederlage zufügen, um dann alle anderen Arbeiterkategorien kampfunfähig zu machen. Die reformistische Politik des Ausweichens vor den Kämpfen, der Verhinderung des Zusammenschlusses der entscheidenden Arbeiterkategorien, der Unterwerfung vor den Zwangsschiedsprüchen, der Hege gegen die Kommunisten, dient eben jener Zersplitterungsstrategie, von der die Großbourgeoisie ihren Sieg erhofft.

Die Arbeiterklasse will kämpfen. In allen deutschen Betrieben geht die Frage von Mund zu Mund: Was wird nach dem 1. April? Die Aussperrungsandrohung der Metallindustrie hat bereits die Antwort auf diese Frage gegeben. Wenn nicht am 22. Februar alle Arbeiterkategorien aufmarschieren, die sich bereits jetzt zum Kampfe für den Achtstundentag und für Lohn-erhöhung vorbereiten, dann wird der 1. April ein schwarzer Tag für das deutsche Proletariat und ein Siegestag der imperialistischen Kapitalherrschaft sein. Wenn die Hüttenarbeiter des Ruhrgebietes nicht jetzt die Gelegenheit wahrnehmen werden, um ihren durch die reformistische Bureaucratie abgeschobenen und verzerrten Kampf unter den Lohungen: Nach 8 Stunden heraus aus dem Betrieb — Durchführung des Dreischichtens-